

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

32. Sitzung – Europaausschuss

22. Juni 2023, 15:00 bis 15:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Karl Hermann Bolldorf (AfD)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Dr. Horst Falk
Stefan Grüttner
Tobias Utter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Silvia Brünnel
Miriam Dahlke
Katrín Schleenbecker
Mirjam Schmidt

SPD

Stephan Grüger
Gerald Kummer
Sabine Waschke

AfD

Gerhard Schenk

Freie Demokraten

Oliver Stirböck

DIE LINKE

Saadet Sönmez

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Katarzyna Jochemczyk
 Freie Demokraten: Christoph Stapelfeldt
 DIE LINKE: Lisa Glasner

Landesregierung, Rechnungshof, etc.

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Frank	ROR	HRH
CLAUS-PETER APPEL	LMR	LV BRÜSSEL (STAATSKANZLEI)
Uwe Becher	StS	StG
Christian Kapf	ea	StG
Alexandra Bumcke	TB	StK
Katharina Kerl	Praktikantin	StK
Marco Modella	Inspektor	StK
Uwe Schmitt	MDir	StG
Sören Steinebach	TB	StK
Rebecca Kleinschmidt	MD	StK

Protokollführung: J. Decker

Inhaltsverzeichnis:

1. Frühwarndokumente

TOP A: ohne Beratung **S. 4**

TOP B: mit Beratung **S. 8**

Punkte 2 bis 4

nicht öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass die Landesregierung die Dokumente COM(2023) 234 und COM(2023) 224 nachträglich unter Subsidiaritätsbeobachtung gestellt habe, sodass diese nunmehr unter TOP B beraten würden.

1. **Frühwarndokumente**

TOP A: ohne Beratung

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltpolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates**

– COM(2023) 240 final –

Fristbeginn: 13.06.2023

Fristende: 08.09.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Saadet Sönmez

(ELB-Dokument **HHA**, WVA)

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit**

– COM(2023) 241 final –

Fristbeginn: 13.06.2023

Fristende: 08.09.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Oliver Stirböck

(ELB-Dokument **HHA**, WVA)

- c) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung)**

– COM(2023) 161 final –

Fristbeginn: 03.05.2023

Fristende: 28.06.2023

Plenum BR: vorauss. 16.06.2023

Berichterstattung: Tobias Utter

- d) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG, der Richtlinie 199/37/EG des Rates und der Richtlinie (EU) 2019/520 in Bezug auf die CO₂-Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern
– COM(2023) 189 final –**

Fristbeginn: 05.05.2023

Fristende: 30.06.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Sabine Waschke

- e) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020
– COM(2023) 160 final –**

Fristbeginn: 08.05.2023

Fristende: 03.07.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Sabine Bächle-Scholz

(ELB-Dokument WVA)

- f) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Munitionsproduktion
– COM(2023) 237 final –**

Fristbeginn: 08.05.2023

Fristende: 03.07.2023

Plenum BR: vorauss. keine Beratung

Berichterstattung: Dr. Ralf-Norbert Bartelt

- k) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Detergenzien und Tenside, zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 648/2004
– COM(2023) 217 final –**

Fristbeginn: 01.06.2023

Fristende: 27.07.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Stefan Grüttner

- l) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU und der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf bestimmte Aspekte der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten
– COM(2023) 229 final –**

Fristbeginn: 08.06.2023

Fristende: 04.09.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Gerald Kummer

Der Ausschuss fasst ohne Aussprache folgenden

Beschluss zu Punkt 1 A a) bis l):
EUA 20/32 – 22.06.2023

Die Vorhaben enthalten keine Subsidiaritätsrelevanz und werden für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(einstimmig)

TOP B: mit Beratung

- a) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung der Korruption, zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates und des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, sowie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates
– COM(2023) 234 final –**

Fristbeginn: 31.05.2023

Fristende: 26.07.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Stephan Grüger

Nach Einschätzung von Berichterstatter Abg. **Stephan Grüger** weist das Dokument zwei Subsidiaritätsbrüche auf, weswegen er eine fortgesetzte Subsidiaritätsbeobachtung empfehle. Zum einen unterstelle die Kommission den Mitgliedstaaten, nicht in der Lage zu sein, die Korruptionsbekämpfung selbst vorzunehmen, weswegen sie es an sich ziehe. Die Zuständigkeit liege hier allerdings eher bei den Mitgliedstaaten als bei der Kommission.

Zum anderen strebe die Kommission in den Nationalstaaten einheitliche Instrumente zur Korruptionsbekämpfung und -prävention an. Damit würde in die verfassungsrechtliche Ordnung z. B. der Bundesrepublik Deutschland eingegriffen, was unter Subsidiaritätsgesichtspunkten kritisch zu prüfen sei.

Abg. **Gerhard Schenk** spricht sich in Vertretung des Berichterstatters Abg. Erich Heidkamp zum nachfolgenden Dokument vorsorglich für eine inhaltliche Behandlung durch den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen aus.

Abg. **Tobias Utter** regt an, beide neu eingestuftem Vorhaben nachträglich den Fachausschüssen zu überweisen, um diesen die Gelegenheit zu einer inhaltlichen Befassung zu geben.

Beschluss zu Punkt 1 B a):

EUA 20/32 – 22.06.2023

Die Subsidiaritätsbeobachtung durch die Hessische Landesregierung wird unterstützt. Die Landesregierung wird gebeten, über weitere Entwicklungen zu informieren.

Die Präsidentin wird gebeten, das Vorhaben zur inhaltlichen Beratung an den Rechtspolitischen Ausschuss im Rahmen des Verfahrens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten zu überweisen.

(einstimmig)

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Zwangslizenzen für das Krisenmanagement sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 816/2006 – COM(2023) 224 final –**

Fristbeginn: 06.06.2023

Fristende: 01.09.2023

Plenum BR: vorauss. 07.07.2023

Berichterstattung: Erich Heidkamp

Berichterstatter Abg. **Gerhard Schenk** spricht sich für eine fortgesetzte Subsidiaritätsbeobachtung aus und rät noch einmal zu einer inhaltlichen Befassung durch den zuständigen Fachausschuss.

Inhaltlich gehe es um den Eingriff in Patentrechte, wobei ein Patentrecht ein Eigentumsrecht darstelle. Aufgrund seiner großen Pharmaindustrie bestehe ein Hessenbezug. Pharmapatente hätten eine sehr lange Vorlaufzeit, die Entwicklung sowie klinische Nachweise seien mit hohen Kosten verbunden. Von vielen Patentanmeldungen seien letztlich nur wenige erfolgreich. Dieses Risiko werde mit dem Patent und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit, auch über Lizenzgebühren, abgegolten. Durch das Unterlaufen mittels einer Zwangslizensierung bestehe die Gefahr, dass notwendige Forschung und Entwicklung unterbleiben könnte.

Beschluss zu Punkt 1 B b):

EUA 20/32 – 22.06.2023

Die Subsidiaritätsbeobachtung durch die Hessische Landesregierung wird unterstützt. Die Landesregierung wird gebeten, über weitere Entwicklungen zu informieren

Die Präsidentin wird gebeten, das Vorhaben zur inhaltlichen Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung im Rahmen des Verfahrens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten zu überweisen.

(einstimmig)

Hinweis: Im Intranet finden die Berechtigten alle Dokumente im [Infopoint Europa](#) -> Offene Vorgänge.

Direkter Zugriff auf EU-Dokumente auch unter Angabe der jeweiligen COM-Nummer auf [EUR-Lex COM-Dokumente](#)

(Fortsetzung im nicht öffentlichen Teil)

Wiesbaden, 4. Juli 2023

Protokollführung:

Vorsitz:

Jonas Decker

Karl Hermann Bolldorf